

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **60 (1973)**

Heft 24

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

wußt geworden, daß das Mitspracherecht der Lehrer in dieser Zentrale noch erkämpft werden müsse.

In einem zweiten Referat zeigte Herr Adalbert Kälin, Küßnacht, den «andern Weg» in der Lehrmittelbeschaffung auf, nämlich den mit den Lehrern. Ein Weg, wie er seit 1955 in der Interkantonalen Lehrmittelkonferenz (bekannt unter dem Namen Goldauer Konferenz) besprochen wird.

Die Goldauer Konferenz unterscheidet sich von der Staatlichen Lehrmittelzentrale in wesentlichen Punkten:

- Jeder der angeschlossenen Kantone besitzt die Freiheit der Wahl, die von der Goldauer Konferenz empfohlenen Lehrmittel zu übernehmen oder nicht.
- Die Kantone können zu fertigen Produkten Stellung nehmen. Über Preise, Aufmachung, Inhalt usw. ist man vor der Anschaffung genau im Bild.
- Die Kantone gehen keine finanziellen Risiken ein.
- Jeder Kanton kann entgegen den Empfehlungen der Goldauer Konferenz Bücher aus andern Verlagen übernehmen. Niemand besitzt ein Monopol.
- Die Spielregeln der freien Konkurrenz sind gewährleistet.
- Bei den Kantonen liegen keine Ladenhüter, die bis zum letzten Exemplar an die Schule abgegeben werden müssen.
- Der direkt betroffenen Lehrerschaft steht ein breites Feld der Mitarbeit offen.
- Die Goldauer Konferenz ist eine Grün-

dung der Lehrerschaft, eine Art «Selbsthilfe-Genossenschaft».

Die an die beiden Referate anschließende Diskussion war begrifflicherweise zum Teil sehr erregt. Die Art der Gründung der Schweizerischen Lehrmittelzentrale wurde von maßgebender Stelle als ein «sehr trauriges Kapitel in der schweizerischen Schulpolitik» bezeichnet. Resigniert stellte die Präsidentin des Schweizerischen Lehrerinnenvereins fest, daß in allen Gremien (Leitender Ausschuß, Verlagskommission, Delegiertenversammlung usw.) nur Männer sitzen. Sehr überrascht zeigte man sich über die Spendefreudigkeit der einzelnen Mitgliederkantone. So legt beispielsweise der finanzarme Kanton Graubünden der Lehrmittelzentrale ein Eintrittsgeld von 55 000 Franken zu Füßen.

Große Empörung rief das Vorgehen der Zürcher Erziehungsdirektion hervor, die einem einzelnen Lehrer all jene Unterlagen und Dokumentationen zustellte, die der KOSLO vorenthalten wurden. Daß ausgerechnet dieser Mann aus dem Kanton Zürich den Lehrern vorwarf, sie seien käuflich und die Redaktionen unserer Fachzeitschriften und die Lehrervereine zum größten Teil mit privaten Verlagen liiert, wirkte grotesk.

Dem Leitenden Ausschuß der KOSLO wurde die Orientierung herzlich verdankt. Es wurde ihm die Aufgabe überbunden, eine Dokumentation zusammenzustellen, mit deren Hilfe die einzelnen Mitgliederverbände noch retten sollten, was zu retten ist.

Argus

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Sexualkunde als Pflichtfach?

Der Bundesrat will im Rahmen seiner Möglichkeiten die Kantone veranlassen, beginnend auf der Oberstufe der Volksschule die Sexualkunde als Pflichtfach einzuführen. Er hat ein Postulat von Nationalrat Tanner (LdU, Zürich) entgegengenommen, das die Forderung nach Sexualkunde in den Schulen zum Gegenstand hat. Das Anliegen des Postulanten soll von der Konferenz

der kantonalen Erziehungsdirektoren behandelt werden, die auf Grund des Konkordates über die Schulkoordination allen Kantonen Empfehlungen ausgibt.

CH: Das Bildungswesen als Aschenbrödel?

Mit Enttäuschung hat der Schweizerische katholische Studentenverein (Schw. StV) davon Kenntnis genommen, daß die zuständige eidgenössi-

sche Expertenkommission vorläufig auf eine Revision des Hochschulförderungsgesetzes verzichten will. Nachdem der Bundesrat im Frühjahr ohne Alternativvorschlag die studentische Volksinitiative zur Reform der Ausbildungsfinanzierung abgelehnt hat, bedeute dies einen erneuten Rückschlag in der schweizerischen Bildungspolitik.

ZH: 10 000 Studenten an der Uni Zürich

Dieser Tage hat die Zahl der immatrikulierten Studierenden an der größten Schweizer Hochschule, der Universität Zürich, den Schwellenwert von 10 000 überschritten. Dabei sind weder die zahlreichen Doktoranden noch die rund 2000 Auditoren, welche regelmäßig an Lehrveranstaltungen teilnehmen, mitgerechnet. Beim zehntausendsten Studenten handelt es sich um den 20-jährigen Hans-Peter Schlumpf aus Neuheim im Kanton Zug.

LU: Ablehnung des Stipendiengesetzes

Mit 28 935 Ja gegen 35 372 Nein wurde die Vorlage zu einem neuen Stipendiengesetz abgelehnt. Dazu *Peer Jäggi, Luzern*: «Ich bin über die Ablehnung des Stipendiengesetzes enttäuscht. Sie zeigt, daß momentan eine Welle der Bildungsfeindschaft anrollt, die sich auch auf die kommende Hochschul-Vorlage negativ auswirken kann... Tröstlich ist der Umstand, daß das alte, weiterhin gültige Stipendiengesetz auch nicht «schlecht» ist. Punkto Ausrichtung von Stipendien an Ausländer ist es sogar großzügiger als die abgelehnte Gesetzesvorlage. Das dürften viele der Neinsager, die mit der Nationalen Aktion ins Horn der Ausländerfeindschaft gestoßen haben, übersehen haben.»

LU: Akademie für Erwachsenenbildung Luzern

Die vor knapp drei Jahren ins Leben gerufene Akademie für Erwachsenenbildung Luzern, die erste schweizerische Ausbildungsstätte für Erwachsenenbildner, konnte den ersten Kurs mit der Diplomierung abschließen. Die Diplomfeier, an der Regierungsrat Dr. Walter Gut, Luzern, das staatliche Diplom an 12 Kursteilnehmer abgab, fand am Samstag, 17. November, 16.30 Uhr, in der Kantonsschule Alpenquai, Luzern, statt.

An der Akademie studieren gegenwärtig 46 Damen und Herren in drei Kursen. Die Nachfrage nach dieser Ausbildung ist so groß, daß die beiden im Januar 1974 beginnenden Kurse seit längerer Zeit besetzt sind. Im kommenden Jahr wird die Akademie rund 75 Teilnehmer aus zwölf deutschschweizerischen Kantonen zählen. Dieser großen Streuung entspricht auch die finanzielle Unterstützung, welche die Akademie von seiten des Bundes, verschiedener Kantone und verschiedener Gemeinden genießt.

SZ: Vom Berufsmann zum Primarlehrer

Dem Erziehungsrat wurde ein Bericht über die Einführung des Umschulungskurses zu Primarlehrern vorgelegt. Aus dem Kanton Schwyz hatten sich 56 Kandidaten (-innen) gemeldet, von denen fünf (eine Kindergärtnerin und vier Inhaber eines Handelsdiploms) direkt ins Oberseminar in Rickenbach aufgenommen und 26 in den Vorkurs zugelassen werden können. Uri, das zusammen mit Schwyz den Kurs durchführt, sendet 11 Interessenten, so daß am 24. November mit 36 Kandidaten (-innen) mit dem Umschulungskurs begonnen werden konnte. Es ist erfreulich, wie diese bedeutsame Maßnahme zur Behebung des Lehrermangels auf ein gutes Echo sowohl bei den Umschulungswilligen als bei den Behörden gestoßen ist.

OW: Koordination der Lehrerbesoldung?

Im Rahmen der Besoldungsverhandlungen der Einwohnergemeinden mit dem kantonalen Lehrerverein wurde auch dieses Jahr wieder die Frage diskutiert, ob nicht seitens des Kantons Obwalden beziehungsweise der Erziehungsdirektion Schritte unternommen werden könnten, um in der Innerschweiz bei der Lehrerbesoldung eine Koordination zu erzielen. In einem Postulat vertritt Kantonsrat Markus Villiger (Alpnach) mit sieben Mitunterzeichnern die Auffassung, daß dieses Problem am ehesten im Rahmen der Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz gelöst werden könnte. Der Regierungsrat wurde eingeladen, die Erziehungsdirektion zu beauftragen, in diesem Sinne im Rahmen der Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz Verhandlungen aufzunehmen.

OW: Sarnen Kollegi-Vertrag unterzeichnet

Ende November ist der Vertrag zwischen dem Kanton Obwalden und dem Kloster Muri-Gries in Sarnen über die Führung und Leitung der Kantonsschule durch die beiden Vertragsparteien unterzeichnet worden. Damit der Vertrag rechtsgültig wird, bedarf er noch der Zustimmung des Kantonsrates, der am 14. Dezember tagen wird. So ist nach langen und zum Teil zähen Verhandlungen eine für beide Teile annehmbare und fortschrittliche Lösung gefunden worden.

Der eben unterzeichnete Vertrag wird durch die Ablehnung des revidierten Schulgesetzes in keiner Weise berührt; er hat, wie auch seine Vorgänger, seine gesetzliche Grundlage im bisher geltenden Schulgesetz. Deshalb stimmt die Meldung in keiner Weise, daß der Vertrag nicht zustande gekommen sei. Gerade Artikel 90 des Schulgesetzes, der nicht revidiert worden ist, ermächtigt den Kanton, die Frage über die Führung der Kantonsschule in einem Vertrag zu regeln.

OW: Einmal Ja und einmal Nein

Während das Jugendhilfegesetz mit 2679 Ja gegen 1913 Nein angenommen worden ist, hat das Obwaldner Volk die Vorlage für ein neues Schulgesetz mit 2410 Nein gegen 2195 Ja verworfen.

ZG: Neues Zuger Kantonsschulgesetz

Der Zuger Kantonsrat hat in erster Lesung ein neues Kantonsschulgesetz verabschiedet. Damit wird, wie Erziehungsdirektor Dr. Hans Hürlimann erläuterte, in erster Linie eine Demokratisierung im Sinne einer Öffnung für alle sozialen Schichten sowie das Mitspracherecht von Schülern und Lehrern angestrebt. Oberste Richtlinie müsse die Erhaltung der Qualität der Zuger Kantonsschule als Maturitätsinstitut bleiben. Demokratie dürfe die Leistung nicht beeinträchtigen. Das neue Gesetz sieht unter anderem eine Kontaktgruppe zwischen Schule, Schülern und Eltern vor, in welcher die Eltern- und Schülervertretung die absolute Mehrheit erhalten soll.

ZG: Verkehrsstudienwoche für Zuger Lehrer

Nachdem in diesem Jahr bereits die Lehrer der Kantone Glarus und Graubünden ein Seminar für Verkehrserziehung besucht haben, nahmen Lehrerinnen und Lehrer aus dem Kanton Zug vom 23. bis 27. November im Touring-Mot-Hotel Schloß Ragaz in Bad Ragaz an einer Studienwoche teil. Ziel dieser vom Touring-Club der Schweiz (TCS) in enger Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) organisierten Kurse ist es, die Verkehrserziehung an den Schweizer Schulen zu fördern und zu verbessern. Das Kursprogramm vermittelt Lehrern zusätzliche Kenntnisse didaktischer, juristischer und verkehrstechnischer Art sowie das Rüstzeug zu noch besserer Gestaltung des Verkehrsunterrichts. Die Seminare werden seit 1968 durchschnittlich viermal jährlich durchgeführt.

Die Studienwoche wurde geleitet von Bruno Tschofen, Leiter LFB/ZG. Als Referenten standen ihm eine Reihe qualifizierter Fachleute zur Verfügung, so unter anderen Dr. iur. Gregor Schech, Rechtsanwalt, Zug; Dr. F. Schorer, Seminardirektor, Langenthal; Dr. H. Stricker, Direktor des Amtes für Unterrichtsforschung und -planung des Kantons Bern; Dr. K. Wegmüller, BfU, sowie Polizeibeamte.

FR: Freiburger Studenten gegen Kürzung des Hochschulbudgets

Der Vorstand der Studentenvereinigung der Freiburger Universität hat vor der Sitzung des Großen Rates einen offenen Brief an die Großräte verteilt, worin er zu den vorgeschlagenen Budgetänderungen Stellung nimmt. Er fordert darin, daß das Budget der Universität nicht gekürzt

wird und die Gebühren für die ausländischen Studenten nicht erhöht werden.

Der Große Rat nahm von zwei im Brief kritisierten Beschlüssen Abstand, nämlich von der vorgesehenen Kürzung des Postens Assistentengehälter und der Kürzung der Subventionen für die Institute. An der Erhöhung der Gebühren für ausländische Studenten hielt er jedoch weiter fest. Die Gebühren für Schweizer Studenten erhöhte er um 100 Franken.

In ihrem offenen Brief weisen die Studenten darauf hin, daß von den Schweizer Universitäten und Hochschulen nur die Universität Neuenburg und die Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich (ETH) eine Mehrgebühr von ausländischen Studenten verlange. Freiburg müsse sich entscheiden: «Wenn er für die Universität einsteht, kann er nicht jedes Jahr das Uni-Budget kürzen.»

FR: Ausbau der Hochschule

Einen Kredit von 1,4 Millionen Franken für den Ausbau der Universität hat der freiburgische Große Rat mit 57 Ja gegen 17 Nein genehmigt. Die Vorlage hatte letzte Woche zu einer recht scharfen Eintretensdebatte geführt, bei der namentlich die allgemeine Belastung durch die Universität angegriffen wurde. Der Staatsrat wurde nun verpflichtet, den Kredit erst freizugeben, wenn von Bern die Zusicherung vorliegt, daß der Bund das Bauvorhaben – wie versprochen – zu 90 Prozent subventioniert.

FR: Primarschul-Initiative zustande gekommen

Die Freiburger Initiative zur Änderung des Primarschulgesetzes ist mit 8491 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Mindestens 6000 Unterschriften wären dazu erforderlich gewesen. Wie die Staatskanzlei mitteilte, fordert das Volksbegehren die Einführung von drei schulfreien Halbtagen. Zurzeit haben die Freiburger Primarschüler zwar den ganzen Donnerstag frei, müssen jedoch am Samstagnachmittag noch zur Schule. Das Schulgesetz, dessen Revision angestrebt wird, stammt aus dem Jahr 1884.

SO: Nun doch ein neues Lehrerbesoldungsgesetz

Die Abänderung des Lehrerbesoldungsgesetzes wurde mit 26 692 Ja zu 21 466 Nein gutgeheißen. Die gleiche Lehrerbesoldungsvorlage war im Juni knapp verworfen worden – so knapp, daß man das Ergebnis als Zufallsmehr eingestuft hatte. Der Volksentscheid bringt den Lehrern höhere Gehälter und gleichzeitig die besoldungsmäßige Gleichstellung der weiblichen Lehrkräfte.

SO: Gesamtschule Dulliken voll ausgebaut

Dem 4. Bericht des solothurnischen Erziehungsdepartementes über den Stand des Schulversuchs Gesamtschule Dulliken 1973/74 ist zu entnehmen, daß die Gesamtschule mit drei Jahrgangsstufen zu je drei Kerngruppen voll ausgebaut ist. In die Gesamtschule nicht integriert sind einerseits die Hilfsschüler, andererseits die Progymnasien. Die Schule umfaßt das 7., 8. und 9. Schuljahr; die einzelnen Schülerjahrgänge zählen zwischen 60 und 70 Schülern.

SG: Lehrerfortbildung in St. Gallen

In St. Gallen wurde den Lehrkräften der Kantonschulen und Lehrerbildungsanstalten das neue Konzept der pädagogisch-psychologischen Fortbildung vorgestellt. – Der Beauftragte, Dr. Bruno Krapf, Degersheim, unterschied zwischen Großveranstaltungen (Einbringung neuer Impulse in die Gesamtlehrerschaft), schulinternen Veranstaltungen und Kursen (Bearbeitung aktueller Unterrichtsprobleme) und Kleingruppenarbeit (Analyse und Bearbeitung von Unterrichtseinheiten). Die erste Großveranstaltung wurde zu einem nachhaltigen Erlebnis mit Professor Tausch aus Hamburg, der nach kurzen Darlegungen über Lehrer-Schüler-Beziehungen mit den über 450 Zuhörern ins Gespräch kam. Seine Haltung und seine Art der Gesprächsführung waren eine überzeugende Demonstration dessen, was im Vortrag dargestellt worden war. Das reiche Gedankengut soll nun in weiteren Veranstaltungen verarbeitet werden, so daß es in der Unterrichtspraxis zur Geltung kommen kann.

GR: Ein Bündner Kindergartengesetz?

Eine von sozialdemokratischer Seite im Bündner Großen Rat eingebrachte Motion fordert von der Regierung den Erlass gesetzlicher Bestimmungen, um eine einheitlichere Organisation der Kindergärten zu erreichen und eine Koordination in der Ausbildung der Kindergärtnerinnen aus den drei Sprachgebieten des Kantons herbeizuführen. In ihrem parlamentarischen Vorstoß weisen die Motionäre auf die große Vielfalt in der Führung der Kindergärten und in der Ausbildung der Kindergärtnerinnen innerhalb der bündnerischen Grenzen hin. Dadurch seien die Möglichkeiten

zum Besuch des Kindergartens und damit die Vorbereitung auf die Schule von Ort zu Ort verschieden. Der Besuch des Kindergartens sollte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit basieren und für alle Kinder im Kanton während mindestens eines Jahres ermöglicht werden. Im Zusammenhang mit der Realisierung dieser Forderungen drängte sich auch die Schaffung eines kantonalen Aufsichtsorgans auf.

TI: Tessiner wollen ein universitäres Zentrum

Der Tessiner Staatsrat zieht die Gründung einer kantonalen Universität nicht in Betracht. Dafür hat er sich zugunsten eines universitären Zentrums in der italienischen Schweiz ausgesprochen, das einerseits Forschungsinstitute und andererseits Abteilungen für die Anwendung und Koordinierung wissenschaftlicher Ergebnisse beherbergen soll. Dies geht aus einer Stellungnahme der Tessiner Exekutive im Vernehmlassungsverfahren zum neuen Hochschulförderungsgesetz hervor. Der Staatsrat verlangte insbesondere, daß das neue Gesetz auch bei denjenigen Kantonen zur Anwendung gelange, die die Last eines hochschulähnlichen Instituts zu tragen hätten. Außerdem wünschte die Tessiner Regierung zur Finanzierung zukünftiger Universitäten von 20 Prozent, die während der ersten fünf Jahre nach Betriebsaufnahme auszurichten seien.

GE: Europarat interessiert sich für Genfer Erwachsenenerschule

Die Elternschule des Cycle d'orientation von Genf soll von einer Kommission des Europarates untersucht werden, die sich mit Fragen der Erwachsenenbildung befaßt. Die Kommission hat mit Zustimmung des Eidgenössischen Departements des Innern diese Elternschule als repräsentatives Beispiel für die Bemühungen, die in der Schweiz in Sachen Erwachsenenbildung gemacht werden, gewählt. Im nächsten Jahr werden verschiedene Experten die Elternschule des Cycle d'orientation besuchen und deren Strukturen und Arbeitsweise untersuchen. Der Cycle d'orientation – die Genfer Sekundarschule – ermöglicht den Eltern, in den Hauptfächern oder den Fächern, die für sie neu sind, dieselben Kurse wie ihre Kinder zu besuchen.

Viele Menschen werden reifer im Vorwärtsgehen, andere im Hintertreten und Aufstehen.

*Heinrich Nüsse, in: «hintergedanken»
(erschienen im pendo-verlag, Zürich 1972)*